

Die Geschichte der ersten Jahre des europäischen Einigungsprozesses ist grundlegend mit der Geschichte der Institutionalisierung der Sozialen Marktwirtschaft durch den Imperativ der politischen und wirtschaftlichen Integration der neu gegründeten Bundesrepublik in Westeuropa verbunden.¹ Der Begriff *Integration* stand in der Tat im Mittelpunkt der Überlegungen zum europäischen Aufbauwerk wie auch der ordoliberalen Theorien, die das Modell der Sozialen Marktwirtschaft beeinflussten. In beiden Fällen ging es darum, den Umgang der Nation zum internationalen Austausch neu zu überdenken, um die Rückkehr zu nationalistischer Abschottung und die Auflösung der politischen und wirtschaftlichen Bindungen zu verhindern.² Die Integration diene einem umfassenden politischen Projekt, das auf die Verteidigung, aber auch auf die Vereinigung der »freien Welt« gegen den Kommunismus abzielte. Der Begriff hatte jedoch nicht dieselbe Bedeutung im europäischen Aufbauwerk – wo er sich im Wesentlichen auf einen institutionellen Prozess des regionalen Gemeinschaftsaufbaus mit einer supranationalen Dimension bezog – und in den ordoliberalen Thesen – wo er den Eintritt in ein universell ausgerichtetes System der wirtschaftlichen Interdependenz zwischen den Nationen bezeichnete. Diese beiden Integrationsstrategien waren in ihrem Einigungsziel kompatibel, aber nicht unbedingt in ihren Mitteln und ihrem geografischen Horizont.

In der ersten Phase der europäischen Integration zwischen 1953 und 1965 wurden diese Unvereinbarkeiten schnell deutlich. Auch konkurrierende Wirtschafts- und Sozialmodelle, die alternative Integrationsmodalitäten vorschlugen, wurden nach und nach verdrängt. Bis Mitte der 1960er Jahre war die europäische Integration durch die Vielfalt der möglichen Optionen sowie durch den Einfluss interventionistischer Konzepte gekennzeichnet, die das Projekt einer liberalen Gesellschaft bedrohten. Laut Erhard boten sich für die wirtschaftliche Ausrichtung der neuen Gemeinschaften zwei einfache ideologische Alternativen: »Europa wird sich entscheiden müssen, ob es seine Wirtschaftspolitik nach unseren Vorstellungen treiben will oder nach

1 Vgl. Sandkühler, Thomas (Hg.): Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960, Göttingen: Wallstein 2002; M. Segers: Deutschlands Ringen; G. D'Ottavio: Europa mit den Deutschen.

2 Röpke, Wilhelm: Economic International Desintegration, London: William Hodge 1942.

Art sozialistischer Prinzipien«.³ Dies verdeutlicht die entscheidende Bedeutung der EWG-Orientierung für den Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Folglich bestand die Priorität der westdeutschen Diplomatie darin, das europäische Projekt durch die Schaffung einer liberalen *Wirtschaftsgemeinschaft* d.h. einer auf Wettbewerbsprinzipien basierenden gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik zu lenken. Diese Ausrichtung der Integration entsprach sowohl den wirtschaftlichen Vorstellungen als auch den Handelsinteressen der aufstrebenden Bundesrepublik, deren rascher industrieller Aufschwung sich auf die europäische Öffnung stützte. Bereits Anfang der 1960er Jahre hing ein Sechstel der Arbeitsplätze von Exporten ab, während die Öffnungsrate 14,9 % erreichte.⁴ Die Bundesrepublik erwirtschaftete bald große Handelsüberschüsse gegenüber ihren Nachbarn und wurde zum Hauptnutznießer der europäischen Handelsöffnung.

3 Anlage II zu den »Wirtschaftsnachrichten des Wirtschaftsbeirates der Union«, VI. Jahrgang, Nr 9, vom 31. August 1957, S. 19.

4 Vgl. Weimer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg: Hoffman und Campe 1998, S. 166 und 221; Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München: Beck 2011, S. 257 und 263.

